

Grenzecho
04.04.2013

Fotovoltaik-Förderung: Grüne reagieren auf Kritik der letzten Tage

Ecolo sieht sich zu Unrecht am Pranger

Seit Beginn der Legislaturperiode setze Ecolo die Inhalte des wallonischen Regierungsabkommens um. „Obwohl die PS mit der CDH in der vergangenen Legislatur den überdimensionierten Zuschuss von Grünen Zertifikaten für die kleinen PV-Anlagen mitgetragen und die derzeitige Problematik dadurch mit verursacht hat, zeigt sich diese jetzt nach Außen als harscher Kritiker des bestehenden Systems“, monieren die Grünen. Foto: dpa

In der Debatte um die Förderung von Fotovoltaikanlagen in der Wallonischen Region hat sich in dieser Woche auch Ecolo zu Wort gemeldet, um nach eigenen Angaben für Klarheit zu sorgen. Heftig unter Beschuss nimmt die Regionalabgeordnete Monika Dethier-Neumann (Ecolo) ihren ostbelgischen Kollegen Edmund Stoffels (SP). Die Liberalen halten derweil an ihrer Kritik an der wallonischen Regionalregierung fest.

Ecolo wolle auf die Verwirrung eingehen, die in den letzten Wochen „teilweise gezielt“ gestiftet worden sei, hieß es am Mittwoch in einer Pressemitteilung von Monika Dethier-Neumann: „Seit Beginn der Legislaturperiode setzt Ecolo die Inhalte des wallonischen Regierungsabkommens um. Obwohl die PS mit der CDH in der vergangenen Legislatur den überdimensionierten Zuschuss von Grünen Zertifikaten für die kleinen PV-Anlagen mitgetragen und die derzeitige Problematik dadurch mit verursacht hat, zeigt sich diese jetzt nach Außen hin als harscher Kritiker des bestehenden Systems.“

Auch Edmund Stoffels habe seinerzeit für dieses ungleiche System gestimmt, als sie, so Dethier-Neumann, im Namen der Grünen eine garantierte Unterstützung vorgeschlagen habe, um die Unterstützung großer Anlagen sowie der Windenergie oder der Biomasse nicht in Gefahr zu bringen. Seit dessen Amtsantritt habe der amtierende Energieminister Jean-Marc Nollet (Ecolo) die Förderung der Fotovoltaik „in geregeltere Bahnen geleitet“ und die Beihilfen um 65 Prozent gekürzt - trotz Gegenwind aus den Reihen der Mehrheit, argumentiert Ecolo. „Schon im Juli 2011 hatte er das Datum des 1. April 2013 als Termin für das Auslaufen von Solwatt angesagt. In anderen Regionen - sei es in Flandern, in Deutschland oder in Spanien, hat es die gleichen Fragen und die gleiche Unsicherheit gegeben.“

„Seit seinem Amtsantritt hat Energieminister Nollet die Förderung der Fotovoltaik in geregeltere Bahnen geleitet.“

„Jede Region hat ihre eigene Antwort geliefert - die der Wallonischen Region ist in Konzertierung mit dem Fotovoltaiksektor erarbeitet worden. Ich gebe meinem Kollegen Stoffels recht, wenn er vollständige Transparenz verlangt und die entstandene Verwirrung der letzten Tage kritisiert. Ich erwarte dann allerdings auch, dass er so transparent ist und erwähnt, dass seine PS die bestehenden Verträge kürzen wollte und sich gegen jede weitere Förderung des Fotovoltaiksektors ausgesprochen hat.“ Edmund Stoffels selbst provoziere gezielt Verwirrung, indem er in der Presse mögliche Negativszenarien skizziert und am Tag danach als Informant über die letzten Beschlüsse in Erscheinung trete. „Zudem stellt er die Mündigkeit des Fotovoltaiksektors infrage, der von Anfang an am Verhandlungstisch saß und die nun veröffentlichten Vorschläge mit trägt.“ In den Augen von Ecolo ist nun ein wichtiger

Schritt getan worden, um den Markt der Fotovoltaik zu stabilisieren und in Konzertierung mit dem Sektor Arbeitsplätze zu sichern. „Anstatt die Bürgerinnen und Bürger für parteipolitische Spielchen zu missbrauchen und Aufregung zu schüren, packt Ecolo Probleme an und sucht nach Lösungen. Eine derartige Herangehensweise wünschen wir uns von unseren Koalitionspartnern bis zum Ablauf der aktuellen Legislaturperiode.“

Heftige Kritik an der Vorgehensweise der wallonischen Mehrheitsparteien in Sachen Fotovoltaikförderung üben derzeit die Liberalen - auch in der DG. Da die versprochenen Fördersummen mit über 2,5 Milliarden Euro nicht mehr zu stemmen seien, wolle die wallonische Regierung die Förderregel rückwirkend ändern. PFF-Präsidentin Katrin Jadin nennt diese Vorgehensweise einen „Skandal“.

PFF: „Durch ein solches Verhalten verlieren viele das Vertrauen in die Behörden.“

Die PFF schließe sich diesbezüglich den wallonischen Regionalabgeordneten Willy Borsus und Pierre-Yves Jeholet (beide MR) an, die deutliche Kritik geübt hatten. Es sei unerhört, dass die Regierung es wage, ihre Versprechungen zu brechen, „zumal etliche Bürger sich auf diese verlassen, Verträge unterschrieben und Kredite aufgenommen hatten“, so Katrin Jadin.

„Durch ein solches Verhalten verlieren viele das Vertrauen in die Behörden“, bedauert sie. Es entstehe der Eindruck, dass die wallonische Regierung das Ausmaß der Lage nicht erkannt habe und einer „positiven Entwicklung“ sogar entgegenwirke. Statt einer nachhaltigen Politik mit Zukunftsvision zu betreiben, „müssen wir feststellen, dass immer mehr Maßnahmen mit heißer Nadel gestrickt werden“. (sc)